

1 **Gute Nachrichten für Eimsbüttel**

2

3 In Hamburg leben über 40.000 Millionär*innen. Wenn du das hier liest, bist du wahrscheinlich
4 eine oder einer von den restlichen 1,8 Millionen Einwohner*innen. Für uns alle macht DIE
5 LINKE Politik. Natürlich auch in Eimsbüttel.

6 **Du und die anderen 275.000: Für ein soziales Eimsbüttel**

7 Hamburg ist eine wachsende Stadt und auch Eimsbüttel wächst. Lebten 2016 noch knapp
8 259.000 Menschen in Eimsbüttel, sind es inzwischen schon 275.000. Klar, dass so immer
9 mehr wohnortnahe Angebote vor allem für Familien, Kinder und ältere Menschen benötigt
10 werden. Der Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur bleibt jedoch weit hinter dem
11 tatsächlichen Bedarf zurück.

12

13 Wir fordern:

- 14 • Im Bezirk muss auf Grundlage der Bevölkerungszahlen eine Bestandsaufnahme und
15 Bedarfsplanung der sozialen Infrastruktur erfolgen.
- 16 • Die soziale Infrastruktur soll mit dem Ziel gestaltet werden, dass die Teilhabe am
17 öffentlichen Leben wohnortnah für alle – z.B. auch durch die Bereitstellung
18 nichtkommerzieller Räume – gefördert wird.
- 19 • Die Bezirke müssen Strukturen schaffen zum regelmäßigem Austausch unter
20 Beteiligung der Bürger*innen und zur Koordination der sozialen Infrastruktur in den
21 Stadtteilen.
- 22 • In den Planungen soll über heutige Generationen hinaus gedacht werden im Sinne
23 von Struktur-, Bevölkerungsveränderungen und Nachhaltigkeit.

24 **WOHNEN: Weniger Miete, mehr Leben**

25 Die Mieten werden erhöht und erhöht, die Löhne aber nicht. Reicht das Geld nicht mehr für
26 die Miete, müssen Menschen ihre Wohnung aufgeben und den vertrauten Stadtteil verlassen.
27 Diese Verdrängung werden wir auch im Bezirk weiter bekämpfen und für die Realisierung des
28 Rechts auf Wohnen für alle streiten.

29 Solange Immobilienkonzerne Grund und Boden und Wohnungen als Spekulationsobjekte
30 behandeln und Mieten erhöhen, werden permanente Mieterhöhungen kein Ende haben.

31 Seit Start des Wohnungsbauprogramms 2011 sind die Mieten in Hamburg um mindestens 37
32 Prozent gestiegen und ist der Bestand an Sozialwohnungen von rund 100.000 auf 77.000
33 zurückgegangen. Mit 4% Sozialwohnungsanteil (ca. 5.900 Wohnungen in 2022) liegt
34 Eimsbüttel um fast 50% unter dem Hamburger Durchschnitt von 7.9%. In 2022 wurde keine
35 einzige Baugenehmigung für eine Sozialwohnung in Eimsbüttel erteilt. Gleichzeitig hat sich
36 die Zahl der vordringlich Wohnungssuchenden fast verdoppelt, und immer mehr Menschen
37 sind im reichen Hamburg von Wohnungslosigkeit betroffen.

38 Die Stadtentwicklung aber geht zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von
39 Umweltschutz. Investor*innen reißen Bestandsgebäude ab, um sie durch profitablere

40 Neubauten zu ersetzen. Damit muss Schluss sein! Statt der bisherigen "Bauen, Bauen,
41 Bauen!"-Politik brauchen wir einen Wechsel hin zu "Mieten deckeln, sozial und ökologisch
42 bauen, Wohnraum vergesellschaften!"

43

44 Wir fordern:

- 45 • Eine soziale Bodenpolitik, die keine Grundstücke verkauft.
- 46 • Eine aktive soziale Boden-Rückkaufspolitik, die langfristig den Hamburgischen und
47 Eimsbüttler Boden der Kapitalspekulation entzieht und so entweder günstigen
48 städtischen, sozialen Wohnungsbau oder eine temporäre Vergabe in Erbpacht
49 ermöglicht.
- 50 • Stopp der weiteren Bebauung und Versiegelung weiterer grüner Flächen in den
51 dichtbesiedelten Stadtteilen zum Zwecke hochpreisiger Luxuswohnungen. Gerade in
52 diesen Gebieten brauchen die Menschen Grünflächen für Freizeit und Erholung.
- 53 • Zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit ist das sogenannte Housing-First-Konzept,
54 also die vorrangige Versorgung wohnungsloser Menschen mit Wohnungen statt
55 Unterbringung in Obdachloseneinrichtungen, in jedem Bezirk umzusetzen.
- 56 • Finanzielle und organisatorische Förderung des Umzugs von älteren Menschen in
57 kleinere Wohnungen: Begrenzung der Wohnkosten für Rentner*innen auf max. 30%
58 des wohngeldrechtlichen Einkommens.

59

60 Wir wehren uns in Eimsbüttel schon seit langem gegen Leerstand, Entmietung und
61 Zweckentfremdung von Wohnraum. In allen Bezirken stehen ca. 2.500 Wohnungen
62 bekanntermaßen leer. Mehr als 10.000 Wohnungen werden in Hamburg mehr oder weniger
63 regelmäßig als Ferienwohnung genutzt. Die Dunkelziffer wird weitaus höher sein. Dazu
64 kommen immer mehr möblierte Apartments und Vermietungen über Zeit, die gesetzliche
65 Vorschriften umgehen sollen.

66 Aktuell betreibt das Bezirksamt Eimsbüttel nur Alibi-Wohnraumschutz. Kontrollen finden
67 kaum statt. Buß- und Zwangsgelder werden nur in besonderen Fällen verhängen. Das muss
68 sich ändern.

69 Erhaltungsverordnungen schützen die Menschen vor der Verdrängung aus dem Stadtteil,
70 dennoch werden sie wenig genutzt. Wir werden uns im Bezirk für städtische und soziale
71 Erhaltungsverordnungen einsetzen, wo sie möglich sind.

72

73 Wir fordern:

74 sofortige Buß- und Zwangsgelder, wenn Leerstand oder Zweckentfremdung bekannt
75 werden. Schluss mit dem zögerlichen Wohnraumschutz.

- 76 • die Überarbeitung aller relevanten Vorschriften, um gesetzliche Schlupflöcher zu
77 schließen.
- 78 • Personelle Aufstockung der Ämter für Wohnraumschutz in Absprache mit den
79 Personalräten entsprechend den aktuellen Anforderungen

- 80 • Neue Soziale- und städtische Erhaltungsverordnungen.
- 81 • die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts.
- 82 • die schnellere Einsetzung von bezirklichen Treuhänder*innen bei Leerstand.

83 **MOBILITÄT, ENERGIE & KLIMA: Eimsbüttel kann mehr als Schlaglöcher, Stau** 84 **und Hitze**

85 Der Klimawandel mit steigenden Meeresspiegeln und deutlichen Temperaturveränderungen
86 schreitet umso heftiger voran, je weniger wir dagegen tun. Das von DIE LINKE unterstützte
87 Ziel der Pariser Klimakonferenz, den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen, ist ohne
88 schnelles und massives Umsteuern nicht mehr zu erreichen. Bereits 2°C bedeuten jedoch
89 schon: Wir müssen uns auf stärkere und vermehrte Starkregenereignisse sowie deutlich mehr
90 Hitzetage in Verbindung mit längeren Trockenzeiten und niedrigen Grundwasserspiegeln
91 einstellen. Diese werden nicht nur die Pflanzen und Tierwelt belasten, sondern auch
92 Menschen, die sich draußen aufhalten. Deshalb sind Klimaanpassungsmaßnahmen zwingend
93 notwendig, sie sind eine Pflichtaufgabe des Bezirks.

94

95 Wir fordern:

- 96 • Versiegelung verringern und Oberflächen aufhellen, das Schottergartenverbot
97 durchsetzen.
- 98 • Schattenflächen schaffen, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
- 99 • Gebäude- und Flächenbegrünung ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung
100 haben.
- 101 • die Bildung von Wärmestaus vermeiden und den Luftaustausch gewährleisten.
- 102 • Wasserflächen, insbesondere fließende/bewegte Wasserflächen wie z.B. Kollau und
103 Tarpenbek schützen und schaffen sowie die Bewässerung von Grünflächen
104 gewährleisten, dabei das Brutplatzangebot für eingeschleppte Mückenarten
105 reduzieren/eliminieren.
- 106 • die kommerzielle Nutzung von großen der Naherholung dienenden Grünflächen wie
107 der Moorweide zu vermeiden.

108

109 Damit die Wohnviertel lebenswerter werden, bekämpfen wir Planungen, die
110 Investor:inneninteressen folgen. Kriterien wie Belüftung, Freiraum, Lärmschutz, Infrastruktur
111 und Arbeitsplätze müssen zentrale Voraussetzungen bei Wohnungsbauvorhaben werden. Wir
112 wollen Grünflächen als Rückzugflächen in Eimsbüttel erhalten.

113 Umweltfreundliche Energiegewinnung in Hamburg ist möglich, ob als Großwärmepumpen im
114 Quartier, ob als Solar- oder Windenergieanlage. Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung,
115 also die Umstellung von Heizöl und Erdgas auf Erneuerbare Energien, ist eine zentrale
116 städtische Aufgabe für die nächsten Jahre. Die Versorgung mit Wärme ist eine der größten
117 CO₂-Quellen unserer Stadt. Die Wärmewende ist essenziell für die Erreichung der Klimaziele.
118 Dabei ist die direkte Versorgung von Gebäuden mit Wärme aus Biomasse, Wasserstoff und

119 Wasserstoffderivaten ineffizient und teuer. Der Einsatz von Wärmepumpen verschiedener Art
120 und die Nutzung von Abwärme sind die Mittel der Wahl, bevorzugt in Wärmenetzen. Die
121 Wärmeversorgung muss dem Profitstreben entzogen werden und die Menschen vor Ort
122 dürfen nicht im Kalten sitzen gelassen werden!

123

124 Wir fordern:

- 125 • eine kommunale Wärmeplanung, welche Menschen und Unternehmen vor Ort
126 einbezieht, Transparenz in den Prozessen schafft und langfristige Planungssicherheit
127 gewährleistet.
- 128 • aktive Steuerung für Siedlungs- und Quartierslösungen sowohl für die
129 mehrgeschossigen Quartiere im Eimsbütteler Innenstadtbereich als auch für die
130 Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen z.B. in Niendorf und Schnelsen durch
131 kommunale Sanierungsbeauftragte und Erarbeitung von kollektiven Lösungen.
- 132 • den großflächigen Ausbau von Wärmenetzen in öffentlicher Hand.

133 Im reichen, rot-grünen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird zu wenig
134 getan. Der Verkehr wächst täglich, beschleunigt den Klimawandel und schadet unserer
135 Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu
136 bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern. Das ist möglich, wenn die
137 Menschen im Bezirk auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können und wir den
138 Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagern.

139 Wir wollen das Radfahren auf breiten Radfahrstreifen so gut machen, dass niemand von
140 Autos, LKW oder Bussen gefährdet wird. Wir wollen für breite, stolperfreie Fußwege und
141 Fußgängerübergänge sorgen mit deutlich längeren Grünphasen für mobilitätseingeschränkte
142 Menschen. Wir wollen flächendeckende stationäre Car-Sharing-Angebote. Weniger Autos in
143 der Stadt bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grün.

144 Dabei darf aber nicht auf Scheinlösungen wie die U5 zurückgegriffen werden. Eimsbüttel ist
145 in der Planung mit besonders vielen Haltestellen betroffen, deren Bau den Bezirk bis Mitte
146 der 40er Jahre massiv belasten werden. Die Kosten explodieren bereits jetzt, sodass ein
147 Scheitern der U-Bahn in Eimsbüttel derzeit wahrscheinlich ist und die Menschen hier wieder
148 nicht von einem Ausbau des Nahverkehrs profitieren. Die LINKE hat mit ihrem
149 Stadtplankonzept gezeigt, dass die Stadtbahn/Straßenbahn schneller und preiswerter
150 gebaut werden kann. Vom Dammtor bis nach Schnelsen zeugen die Busspuren und breiten
151 Straßen noch davon, dass eine Stadtbahn ohne weiteres realisiert werden kann.

152

153 Wir fordern für Eimsbüttel:

- 154 • Die massive Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs: Eine Straßenbahn ist die
155 perfekte Lösung: Sie bringt Menschen schnell von Tür zu Tür. Sie ist barrierefrei und
156 nimmt so alle mit. Sie braucht keine Tunnel oder Haltestellen viele Meter unter der
157 Erde. Sie ist nachhaltig gut fürs Klima und für die Erreichung der Klimaziele bis 2030
158 unverzichtbar. Und sie kann – anders als die U5 – schnell und kostengünstig gebaut
159 werden.

- 160 • Mehr Platz auf der Straße für Fußgänger:innen, und öffentlichen Nahverkehr sowie
161 mehr sichere Radwege.
 - 162 • Eine ökologische Bezirksentwicklung, die auf Bauen im Bestand statt Abriss und
163 Neubau setzt und zunächst alle Baumöglichkeiten auf bereits versiegelten Flächen
164 ausschöpft, statt weitere Grünflächen zu zerstören.
 - 165 • E-Scooter (Elektroroller): Das unregulierte Abstellen von E-Scootern muss verhindert
166 werden, da dies insbesondere für Senior*innen eine ständige Stolper- und
167 Verletzungsgefahr darstellt. Deshalb fordern wir eine strikte Regulierung der E-Scooter
168 (z.B. durch Abholen und Abstellen der E-Scooter nur noch auf zugewiesenen
169 Bereitstellungsflächen wie bei Stadtrad).
 - 170 • Fußwege: Die derzeitige Straßenbeleuchtung in Hamburg leuchtet auch in Eimsbüttel
171 vor allem die Fahrwege der Autos aus, die Fußwege sind dagegen nur mangelhaft
172 beleuchtet. Deshalb: Sichere Fußwege mit ausreichender Beleuchtung. Parallel dazu
173 müssen auf Gehwegen Stolperfallen beseitigt und sichergestellt werden, dass die
174 Wege im Winter von Eis und Schnee befreit werden.
175
- 176 Wohnen und Arbeiten in Wohnortnähe entlastet den Verkehr, spart Emissionen und steigert
177 die Lebensqualität. Einkaufen und Handwerksangebote müssen weiter vor Ort in Eimsbüttel
178 möglich und immer im Blick bezirklicher Planung sein. Die wachsende Stadt führt zu einer
179 Konkurrenz um Park- und Immobilienflächen.
- 180 Der Bezirk hat insbesondere sicherzustellen,
- 181 • dass Flächen für Handwerksbetriebe und Kleingewerbe angemessen verteilt auf die
182 Stadtteile vorgehalten werden.
 - 183 • dass Handwerker*innen bei genossenschaftlichen oder vergleichbaren
184 Zusammenschlüssen für Werkhöfe beraten und unterstützt werden,
 - 185 • insbesondere für kleinere Handwerksbetriebe und Kleingewerbe muss die bezirkliche
186 Wirtschaftsförderung im Bezirksamt personell gut ausgestattet sein.
 - 187 • Handwerksbetriebe und Kleingewerbe müssen hinreichend Parkraum zugewiesen
188 erhalten, soweit dies nicht auf dem Betriebsgelände möglich ist.

189 **DEMOKRATIE: Vor Ort stärken**

190 Die Bevölkerung vor Ort will mitbestimmen – und das ist gut so! Wir wollen die
191 Bürger*innenbeteiligung vor Ort ausbauen und die Stadtteilbeiräte und Senior*innen-
192 Delegiertenversammlungen finanziell besser ausstatten.

193 Stärken wollen wir auch die Bezirksversammlung selbst. Damit demokratische
194 Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Bürger*innen gefällt werden
195 können, benötigen die Bezirksversammlung mehr Spielraum und Befugnisse.

196 Wir fordern:

- 197 • Umsetzung von Bezirksentscheiden
- 198 • Aufhebung des Großhamburg-Gesetzes und Aufwertung der Bezirksversammlung zu
199 einem echten Kommunalparlament mit vergleichbaren Rechten und Pflichten wie die
200 meisten Gemeinden in der Bundesrepublik. Stärkung der Bezirke mit eigenem
201 Haushaltsrecht und Entscheidungskompetenzen über bezirkliche
202 Verwaltungsvorgänge, Personaleinsatz und verbindlichem B-Planrecht.

- 203 • Schluss mit dem Auslagern von Personal aus den Bezirken in die Fachbehörden!
- 204 • Weg mit dem Evokationsrecht: Bürgerentscheide und Beschlüsse der
- 205 Bezirksversammlungen müssen für den Senat bindend sein. Beanstandungen
- 206 müssen vom Senat innerhalb einer 4-Wochenfrist entschieden werden und
- 207 gerichtlich überprüfbar sein.
- 208 • Stadtteilbeiräte und Senior*innen-Delegiertenversammlungen sind zu stärken, sie
- 209 sind mit besseren Mitteln auszustatten und auf mehr Bürger*innenbeteiligung zu
- 210 verpflichten.
- 211 • Stadtteilbeiräte sollen Rederecht in den Ausschüssen erhalten.
- 212 • Stärkere Einbindung der Integrations- und Inklusionsbeiräte in die Beratungen der
- 213 Bezirksversammlungen.
- 214 • Bereitstellung von Räumen und die Einrichtung von Bürgerhäusern für soziale
- 215 Begegnung in den Quartieren.

216 Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern und Behörden sowie die seit Corona massiv
217 vorangetriebene Digitalisierung hat für viele Menschen die Zugänge zu den staatlichen
218 Einrichtungen zu uneinnehmbaren Festungen werden lassen.

219 Auch wenn der Digitalisierungsgrad der Gesellschaft steigt, so ist insbesondere dort, wo es
220 für Menschen existenziell ist, dies oft nicht oder nur eingeschränkt der Fall. Häufig scheitert
221 es an einem einzelnen Dokument, das nicht gescannt werden kann, einem beratenden
222 Hinweis, oder schlicht der Möglichkeit, einen Termin auszumachen. Fehlende technische
223 Endgeräte und Know-How, unübersichtliche Terminbuchungssysteme und eine
224 unverständliche Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe sind weitere Hürden, die die
225 Kommunikation zwischen Ämtern und Bürger*innen massiv erschweren.

226 Sei es auch nur um einen neuen Ausweis beim Ortsamt oder eine Auskunft beim Finanzamt
227 zu erhalten. Die rein digitale Kommunikation erweist sich für viele Bürger*innen als eine
228 Sackgasse. Persönliche Rücksprache und Beratung bleibt so viel zu oft aus, obwohl alle Ämter
229 eine gesetzliche Beratungspflicht haben.

230 Daher fordern wir für alle Bezirke den Um- und Ausbau aller Ämter und Behörden zu Orten
231 der Kommunikation zwischen Staat und Bürger*innen.

232

233 Wir fordern:

- 234 • Eine erhebliche Aufstockung der Stellen in allen Ämtern und Behörden.
- 235 • Die Wiedereinführung von regelmäßigen Sprechzeiten an allen Wochentagen in allen
- 236 Ämtern und Behörden sowie eine klar verständliche und übersichtliche
- 237 Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe zur Klärung des Anliegens vor Ort
- 238 und digital.
- 239 • Den räumlichen Umbau der Behörden zu freundlichen Orten der Kommunikation
- 240 zwischen Staat und Bürger*in. Dies beinhaltet die Einrichtung von kostenfreien
- 241 Internetarbeitsplätzen, Kopier-, Fax- und Scanmöglichkeiten sowie eine persönliche
- 242 Hilfestellung bei der Bedienung der jeweiligen Endgeräte in allen Ämtern.

- 243 • Eine regelmäßig angebotene Schulung zur Nutzung von Endgeräten sowie zur
244 Beantragung digitaler Endgeräte wie PC, Drucker und Scanner für Grundsicherungs-
245 und Bürgergeldempfänger*innen.
- 246 • Die Dienstleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg im Bezirksamt Eimsbüttel
247 (z.B. Termine bei Ämtern zur Beantragung von Personalausweisen, Reisepässen oder
248 Sozialangelegenheiten) müssen grundsätzlich nicht nur digital, sondern auch analog
249 angeboten werden. Damit können die Leistungen mittels Telefon oder Vorsprache
250 beim Bezirksamt zeitnah beantragt oder erhalten werden.

251 **BILDUNG UND SOZIALE ARBEIT: Gut und für alle**

252 Die knapp 43.000 Minderjährigen in Eimsbüttel haben ebenso wie junge Erwachsene bis 22
253 Jahre ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale
254 Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Zunahme von psychischen Problemen
255 wie Angststörungen und Depressionen auch bei Kindern und Jugendlichen infolge der für
256 diese Altersgruppe oft besonders restriktiven Maßnahmen, die in Verbindung mit der Corona-
257 Pandemie über ihre Köpfe hinweg verhängt wurden, machen immer noch fachliche und
258 politische Antworten dringend erforderlich.

259 Auch in Hamburg ist der Zugang zum Schulsystem jedoch immer noch stark von der sozialen
260 Herkunft der Eltern abhängig. Deswegen fordert Die LINKE ein inklusives Schulgesetz. Doch
261 Bildung findet nicht nur in der Schule statt, sondern auch in Kindergärten, Einrichtungen der
262 Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Vereinen und jenseits dessen.

263 Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit
264 in den Stadtteilen sind wesentliche Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Sie ist jedoch
265 strukturell unterfinanziert und vielfach personell schlecht ausgestattet.

266 Die Konkurrenz um knappe Mittel zwischen den Einrichtungen muss überwunden werden.
267 Statt die Fachkräfte und Ehrenamtlichen mit übermäßigem Verwaltungsaufwand zu belasten,
268 müssen die Angebote verlässlich gefördert und ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche
269 sind daran als Expert*innen ihrer Lebenswelt zu beteiligen. Selbstorganisierte
270 Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung im Sinne des neuen § 4a des SGB VIII sind zu
271 schaffen und zu stärken.

272 Seit einigen Jahren nehmen die Problemlagen und Hilfebedarfe in den Familien in
273 gravierendem Maße zu. Die Zahl der Meldungen von Kindeswohlgefährdungen, die Zahl der
274 hilfesuchenden Kinder und Eltern sowie die Zahl der gewährten arbeits- und kostenintensiven
275 Hilfen zur Erziehung bewegen sich auf einem sehr hohen Niveau. Die Allgemeinen Sozialen
276 Dienste (ASD) in den Jugendämtern sind überlastet und die Fachkräfte des ASD und in der
277 ambulanten und stationären Jugendhilfe stehen unter starkem Druck. Hier muss dringend
278 gehandelt werden. Es braucht mehr Fachkräfte im ASD und in der Jugendhilfe insgesamt und
279 diese benötigen bessere Arbeitsbedingungen und deutlich mehr Spielräume für
280 pädagogisches Handeln.

281 Für eine demokratische Verteilung der Mittel sind etablierte Gremien wie die
282 Jugendhilfeausschüsse in ihren Entscheidungskompetenzen zu stärken.

283

284 Wir fordern:

- 285 • Den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen
286 Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Familienförderung und für
287 jeden Bezirk ein weiteres Kinder- und Familienzentrum.
- 288 • In Neubaugebieten müssen Einrichtungen der OKJA und Treffpunkte wie Kinder- und
289 Familienzentren und Orte der Beratung regelhaft eingerichtet werden.
- 290 • Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und
291 Jugendarbeit (Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung der
292 Offenen Arbeit).
- 293 • Ein Rahmenkonzept sowie Koordinierungsstellen im Bezirk für die Beteiligung von
294 Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.
- 295 • Beitragsfreier Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu Sportvereinen, Theatern,
296 Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- 297 • Verstärkte Anstrengungen zur Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu allen
298 Einrichtungen der Jugendhilfe sowie eine Sanierungsoffensive.
- 299 • Verstärkte interdisziplinäre Anstrengungen zum Abbau der durch die Corona-
300 Maßnahmen erzeugten Belastungen.

301 **SENIOR*INNEN: Freiräume erhalten und Mitbestimmung stärken**

302 Das hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz soll die aktive Teilnahme am sozialen Leben
303 und die Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. DIE LINKE will dass die
304 Möglichkeiten dieses Gesetzes auch im Bezirk Eimsbüttel weiter ausgeschöpft und
305 ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um der Perspektive von älteren Menschen
306 mehr Raum zu geben.

307 Das Bezirksamt muss bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Senior*innen
308 berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.

309 In allen Stadtteilen, insbesondere in den Großsiedlungen, muss die Bezirksverwaltung
310 Eimsbüttel Senior*innentreffs fördern und mit hauptamtlichem Personal unterstützen. Wo es
311 noch keine Senior*innentreffs gibt, sind diese einzurichten.

312 Für die Teilhabe von Senior*innen ist der barrierefreie, niedrigschwellige, mindestens
313 kostengünstige Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen elementar.

314 Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im Nahverkehr, das barrierefreie Wohnen im Alter oder
315 die Qualität der Pflege sind in allen Einrichtungen zu garantieren. Dazu sind die
316 entsprechenden Prüf- und Überwachungsstrukturen auszubauen und mit deutlich mehr
317 Personal auszustatten.

318 Wir fordern:

- 319 • Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Senior*innenarbeit und die
320 bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Senior*innenarbeit.
- 321 • Ein Konzept für die qualitative Ausweitung der Senior*innenarbeit im Bezirk
322 Eimsbüttel inkl. deren Finanzierung.

- 323 • Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senior*innen bei allen Planverfahren im
324 öffentlichen Raum.
- 325 • Eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Toilettenversorgung im Bezirk
326 Eimsbüttel, als ersten Schritt im Bereich der Osterstraße.
- 327 • Mehr Bänke zum Ausruhen für alle in allen Stadtteilen.
- 328 • Kostenlose WLAN-Versorgung mit ausreichender Bandbreite in allen Altenwohn-
329 und Pflegeeinrichtungen.
- 330 • Das Deutschlandticket für Senior*innen in Hamburg für 29 EUR, wie in
331 Mecklenburg-Vorpommern.
- 332 • Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend
333 dem Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz

334 **KULTUR: Mehr ist mehr – Kultur braucht Überfluss**

335 Überall in Hamburg gibt es bedeutende Kunst und Kultur – sie muss aber für alle zugänglich
336 und erreichbar sein. Über die Teilnahme darf nicht der Geldbeutel entscheiden.

337 Wir wissen: Die Stadtteilkulturzentren sind Orte der Begegnung und gelebter Vielfalt! Hier ist
338 Platz für die Geschichtswerkstatt, das Treffen der Bürger*inneninitiative, die Lesung, das
339 Streichquartettkonzert, die Chorprobe, den Tanz- oder Sprachkurs, die Vernissage oder die
340 Kinderdisco: Stadtteilkulturzentren sind die Herzkammern des lokalen Kulturlebens – und
341 ihre Aufgaben wachsen stetig. Darum müssen sie auskömmlich und zukunftsorientiert
342 finanziert werden. Dazu gehören Tariflöhne, Mindesthonorare und Planungssicherheit für ein
343 vielfaltsorientiertes Angebot.

344 Kultur entsteht dort, wo Menschen leben – Kultur entsteht in den Stadtteilen! Wir wollen
345 Kulturschaffende, Künstler*innen und Kreative vor Ort in ihrem Wirken und Arbeiten stärken.

346 Kultur braucht (Arbeits-)Räume – sie sind die Basis damit Kultur entstehen kann. Bezahlbare
347 Proberäume, Tonstudios, Ateliers für bildende Kunst, Tanz, Theater und Film sind
348 hamburgweit Mangelware. Wir meinen, die Bezirke haben die große Chance, aktiv bestehende
349 Orte zu sichern, zu erschließen und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der
350 Stadtentwicklungsplanung zu machen. So kann das kulturelle Leben im Bezirk effektiv
351 gestärkt werden.

352

353 Wir fordern:

- 354 • Eine deutliche Erhöhung der Stadtteilkulturmittel und eine auskömmliche Förderung
355 der Stadtteilkulturzentren.
- 356 • Aufbau bzw. Aufnahme weiterer Kulturhäuser in die institutionelle Förderung.
- 357 • Kostenfreie Räume für Kulturschaffende und Gruppentreffen kulturinteressierter
358 Laien.
- 359 • Kostenlosen Zugang für Kinder, Jugendliche, Senior*innen, schwerbehinderte
360 Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen zu geförderten Theatern,
361 Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.

- 362 • Die aktive Schaffung bezahlbarer Arbeits- und Produktionsräume im Bezirk.
- 363 • Kultur und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung in
- 364 den Bezirken zu machen.

365 **GEGEN RECHTS: Für ein friedliches und weltoffenes Eimsbüttel**

366 In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Der
367 männliche Industriearbeiter gehört genauso dazu wie die LGBTQI+-Community und
368 geflüchtete Menschen. Diese Realität wird immer wieder als Bedrohung dargestellt, um Hass
369 und Rassismus zu schüren. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international.
370 Eimsbüttel muss ein sicherer Hafen für Vielfalt bleiben. Mit großer Sorge sehen wir Vorfälle
371 mit der extremen Rechten im Bezirk und die Existenz der nationalistischen und völkischen
372 AfD. Die LINKE tritt der extremen Rechten klar entgegen und mit deren Abgeordneten und
373 Fraktion gibt es keine Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung.

374

375 Wir fordern:

- 376 • In Eimsbüttel müssen die politischen und sozialen Voraussetzungen für eine
377 gelingende Integration von Geflüchteten, Deserteur*innen und allen Menschen in
378 Not geschaffen bzw. ausgebaut werden.
- 379 • Vereine wie z.B. „Wir für Niendorf e.V.“, die oft mit hohem ehrenamtlichen Aufwand
380 da einspringen, wo der Bezirk nicht hinreichend Integrationsleistungen erbringen will
381 oder kann, sind vom Bezirk zu fördern und ihnen entsprechende, angemessene
382 Räume zur Verfügung zu stellen. Initiativen wie z.B. „Eimsbüttel gegen Rassismus“
383 sind zu unterstützen und finanziell vorausplanbar zu fördern.
- 384 • Statt an den Schulen Werbung für die Bundeswehr zuzulassen, sollte die Vernetzung
385 mit sozialen Initiativen im Einzugsbereich der Schulen gefördert werden. Die lokalen
386 Bildungskonferenzen sind hierfür deutlich besser auszustatten und ihre Ergebnisse
387 verbindlicher umzusetzen.
- 388 • Zur Auseinandersetzung mit Rassismus, Kriegsverherrlichung und Kolonialismus ist
389 die Diskussion um die Umbenennung von Straßen in Eimsbüttel geeignet und
390 gewünscht.

391 **FRAUEN & MÄDCHEN: Selbstverständlich gleichberechtigt**

392 Mehr als die Hälfte der Eimsbüttler*innen ist weiblich, aber von vollständiger
393 Gleichberechtigung sind wir weit entfernt. Patriarchale Strukturen, Diskriminierung aufgrund
394 des Geschlechts, Unterdrückung und strukturelle Gewalt müssen nach wie vor bekämpft
395 werden.

396 Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der das ganze gesellschaftliche und private Leben
397 betrifft. Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu
398 verteilen. Eine Gesellschaft, in der ALLE frei sind, Zeit für die Familie und Freund*innen haben,

399 gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen und an politischen
400 Entscheidungen mitwirken können.

401 Frauen erhalten im Durchschnitt 21% niedrigere Löhne und entsprechend weniger Rente als
402 Männer. (Gender-Pay-Gap). Sorgearbeit wird gesellschaftlich abgewertet. Frauen bestreiten
403 den Großteil der entlohten und nicht entlohten Pflege- und Erziehungsarbeit, sie arbeiten
404 häufiger in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten und prekären Jobs. Frauen leisten 50% mehr
405 unbezahlte Sorgearbeit (Gender-Care-Gap), entsprechend haben sie weniger Zeit für andere
406 Tätigkeiten.

407 Statistisch wird alle fünf Minuten eine Frau bedroht, verprügelt, gestalkt, psychisch unter
408 Druck gesetzt, sexuell genötigt oder vergewaltigt. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und
409 Folge gesellschaftlicher Abwertung und Unterdrückung von Frauen. Gewalt gegen Frauen
410 kommt bevorzugt in Familien vor unabhängig von der sozialen Lage, ob Niendorf oder
411 Stellingen, aber auch im öffentlichen Raum. Viel zu oft endet sie für Frauen tödlich und wird
412 meist vom (Ex)Partner ausgeübt.

413 Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen echte Wahlmöglichkeit haben. Dazu
414 gehören umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie
415 Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen sich ohne Zwänge für
416 oder gegen eine Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine
417 selbstbestimmte Familienplanung möglich. Ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich
418 abgesichert werden: Das beginnt mit einer guten gesundheitlichen Versorgung und
419 Aufklärung während einer Schwangerschaft und Geburt. Mit Kindern zu leben darf kein
420 Armutsrisiko sein. Eltern müssen Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen
421 können.

422

423 Die LINKE fordert deshalb

- 424 • Stärkung der Gleichberechtigungsbeauftragten und Schulungen für Personalräte im
425 Bezirk aber auch für Betriebsräte von hier angesiedelten Unternehmen.
- 426 • Das Gewaltschutz-Hilfesystem muss ausreichend finanziert werden.
- 427 • Staatliche Behörden und medizinisches Personal müssen für das Thema sensibilisiert
428 und geschult werden.
- 429 • Den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten und Elternschulen.
- 430 • Mehr Frauenhausplätze unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfe.
- 431 • Einrichtung von Wohnprojekten und Tagestreffs für wohnungslose Frauen.
- 432 • mehr Beratungsstellen für Männer gegen Männergewalt sowie
433 Gewaltpräventionskurse.
- 434 • Hygieneprodukte für Menstruation müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in
435 öffentlichen Einrichtungen im Bezirk kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

436 **QUEER: Sichtbar und sicher**

437 Emanzipiert ist eine Gesellschaft dann, wenn jede*r sozial abgesichert ist und gleiche
438 Chancen zur Realisierung eines selbstbestimmten Lebens hat. Doch queere Lebensweisen

439 werden von außen oft angefeindet. Wir setzen uns dafür ein, dass selbstbestimmte Leben
440 queerer Menschen als das anerkannt werden, was sie sind: eine Selbstverständlichkeit. Dafür
441 braucht es Schutz vor queerfeindlicher Diskriminierung und Unterstützung in Fragen von
442 Sicherheit, Gesundheit und Sichtbarkeit. Wir haben die Gefahr von Mehrfachdiskriminierung
443 im Blick, wenn Menschen queer und zusätzlich arm, krank, alleinerziehend oder von
444 Rassismus betroffen sind und stehen für die Verbindung queerer, sozialer, antirassistischer
445 und feministischer Kämpfe!

446

447 Wir fordern:

- 448 • Antidiskriminierungsbeauftragte für die Bewohner*innen im Bezirk.
- 449 • Regelmäßige Erfassung von Diskriminierungsfällen, um Fortschritte und Bedarfe
450 messen zu können.
- 451 • Spezifische Beratungsstellen für Transpersonen, insbesondere auch
452 Rechtsberatungsstellen.
- 453 • Die Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen
454 Auswirkungen (Gender Budgeting).
- 455 • Den Erhalt und Ausbau von Queerprojekten.
- 456 • In jedem Bezirk die Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für
457 wohnungslose queere Menschen.
- 458 • Die Benennung von Straßen und Plätzen nach queeren Menschen.

459 **GESUNDHEIT: Eimsbüttel – Bezirk der Hundertjährigen**

460 Ein möglichst gesundes und langes Leben, sowie Wohlbefinden wird nicht allein durch
461 Gesundheitspolitik im engeren Sinne gefördert. Gemäß dem „Health in all policies“-Ansatz
462 (Gesundheit in allen Politikbereichen), können und müssen in allen Politikbereichen (Bildung,
463 Soziales, Gleichstellung, Innen, Umwelt, Klima, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaft, Bauen
464 etc.) Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit aller Menschen fördern und die
465 gesundheitliche Chancenungleichheit verringern. Die Lebenserwartung von Menschen hängt
466 entsprechend nicht nur von der Gesundheitsversorgung ab, sondern mehr noch vom
467 sozioökonomischen Status. Demzufolge ist Gesundheit also nicht nur ein Thema der
468 Gesundheitspolitik, sondern aller Politikbereiche. Die Insel Okinawa „Insel der
469 Hundertjährigen“ zeigt dies auf vielen Feldern.

470 Lasst uns auch Eimsbüttel zur „Insel der Hundertjährigen“ machen – für Arbeiter*innen,
471 Angestellte, Selbstständige, Handwerker*innen, Kinder, Jugendliche und Senior*innen.

472 Dabei respektieren wir Menschen, die einen gesundheitsriskanten Lebensstil pflegen. Im
473 Rahmen des Grundrechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung hat jeder das Recht auf einen
474 Lebensstil, der mehr oder weniger gesundheitsfördernd ist.

475 Gleichzeitig haben wir in unserem Sozial- und Rechtsstaat das Recht auf Schutz unserer
476 Gesundheit und der Persönlichkeitsrechte. Hierzu gibt es Gesetze und verschiedene
477 staatliche Institutionen, die auch auf kommunaler Ebene wirken. Diese Institutionen
478 erbringen eigene Leistungen oder fördern Aktivitäten anderer Institutionen wie Sportvereine,

479 Gesundheitsselbsthilfegruppen, Beratungsangebote, Gesundheitsamt, Amt für soziale
480 Dienste.

481 Wir wollen messbare Ziele. Dazu braucht es jährliche und kleinräumige
482 Gesundheitsberichterstattung z.B. nach Postleitzahlen. Auch die Zusammenarbeit mit
483 Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen mit deren
484 Zielen muss erfolgen. Die LINKE kann hier ihr Wissen um die Voraussetzungen von
485 Gesundheit einbringen (Verringerung der sozialen Spaltung, der Schere zwischen Arm und
486 Reich, glückliches Aufwachsen von Kindern mit einem differenzierten Menschen- und
487 Gesellschaftsbild).

488 Gesellschaftliches Funktionieren von Nachbarschaften und Quartieren ist ebenso wichtig wie
489 gesunde Ernährung, ein gutes Körpergefühl und achtsamer Umgang mit sich und anderen.
490 Auch das wachsende Problem der Einsamkeit muss bekämpft. Wir wollen Einsamkeit und
491 Stress mit Angeboten entgegenwirken, die Spaß am Leben fördern.

492

493 Wir fordern:

- 494 • ein Gesundheitszentrum für Eidelstedt, weil dort für einen großen Teil der
495 Bevölkerung die gesundheitlichen Risiken besonders hoch sind.
- 496 • Den flächendeckenden Einsatz von Präventivfachkräften und Community Health
497 Nurses.
- 498 • Eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Schuleingangsuntersuchungen,
499 Elternberatung, Familienhebammen, sozialpsychiatrischer Dienst) und die
500 Verzahnung mit der ambulanten Versorgung, insbesondere den
501 Stadtteilgesundheitszentren.
- 502 • Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend
503 Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz.
- 504 • Angesichts der Erkenntnis, dass der Klimawandel auch im Sommer eine aktive
505 präventive Gesundheitspolitik notwendig macht, fordern wir einen Hitze-Aktionsplan
506 für Wohnungslose und andere vulnerable Menschen zum Schutz vor Hitze und
507 Dehydration. Dazu sollten gehören
 - 508 a. Bereitstellung von Wasserentnahmestellen im öffentlichen Raum
 - 509 b. Schaffung und Öffnung von Kühlinseln
 - 510 c. Berücksichtigung des Hitzeschutzes bei Baumaßnahmen
 - 511 d. aktives Herantreten des Gesundheitsamtes an die lokalen Pflegedienste zur
512 Aufklärung der Bedarfe dort
 - 513 e. kleinräumige Erhebung von Daten über Hitzebelastungen und Hitzeschutz, um
514 zielgerichtete Präventionsstrategien zu entwickeln und eine kleinräumige
515 Versorgungsplanung zu erstellen. Auch Hitzewellen werden die Menschen der
516 ärmeren Stadtteile am schwersten treffen.

- 517 • Die (kleinräumige) Erhebung und das Monitoring von gesundheitsrelevanten Daten
- 518 (Lärm, Feinstaub, Schimmel, Wohnraumbedarf und -qualität, Naherholungs- und
- 519 Freizeitmöglichkeiten etc.)